



Zur aktuellen Lage

31. Januar 2025

- Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg: Wir erleben gegenwärtig eine neue Dimension der Gewalt. Solche Taten dürfen nie Normalität werden. Sicherheit für alle Menschen ist die wichtigste Aufgabe unseres Staates. Deswegen ist jetzt Handeln geboten.
- Die Menschen unterstützen uns dabei, Deutschland wieder sicher zu machen. Zwei-Drittel der Menschen in Deutschland stehen hinter unserem Kurs für mehr Sicherheit und einen Stopp der illegalen Migration. Das heißt: Zwei von drei Bürgern in unserem Land sind für einen Politikwechsel, wie ihn die CDU heute in das Parlament eingebracht hat. Wir halten unser Wort.
- Heute konnten wir den Politikwechsel noch nicht umsetzen. Wir verlieren Zeit, um Deutschland endlich wieder sicher zu machen.
- Wir wollen, dass sich die Menschen wieder sicher fühlen können. Wir wollen den Politikwechsel in der Sicherheit. Die übergroße Mehrheit der Menschen in diesem Land unterstützt uns in diesem Kurs.
- Unterstützer sind viele Menschen mit Migrationshintergrund. Menschen, die ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und wegen Straftätern und einer fehlgeleiteten Politik zunehmend unter Generalverdacht gestellt werden; Menschen, die entweder selbst oder deren Eltern vor Gewalt geflohen sind. Gerade auch jenen sind wir eine andere Politik schuldig.
- Diesen Menschen versichern wir: Mit der Union wird es den Politikwechsel geben. Wer das will, muss am 23.02. mit beide Stimmen CDU wählen.

- Leider waren weder SPD noch Grüne bereit, bis zuletzt über mehr Sicherheit zu sprechen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, zu wissen, wo die Parteien in der Frage der Migration stehen. SPD und Grünen haben heute gezeigt, sie sind gegen mehr Sicherheit und den Stopp illegaler Migration. Sie wollen das Problem nicht in der Mitte unserer Gesellschaft lösen. Ganz im Gegenteil. Sie wollen weiter machen wie bisher. Insbesondere bei der SPD kann man hier taktisches Kalkül für ihre Kampagne unterstellen. Darüber werden die Wählerinnen und Wähler am 23. Februar 2025 urteilen. Dabei spiegeln unsere Forderungen einen breiten Konsens:

1. Begrenzung der Zuwanderung: Wir wollen, dass die Begrenzung wieder als Ziel im Aufenthaltsgesetz steht. Bis zur Reform durch die Ampel war dies fester Bestandteil des Gesetzes.

2. Aussetzung Familiennachzug: Für Menschen, die keinen dauerhaften Bleibanspruch bei uns haben, wollen wir den Familiennachzug aussetzen. Dies haben wir bereits 2016 mit der SPD durchgesetzt.

3. Befugnisse Bundespolizei ausweiten: Die Bundespolizei soll mehr Rechte bekommen, damit Straftäter schneller und wirksamer ausgewiesen werden können. Noch in der Regierungserklärung am Mittwoch hat Olaf Scholz selbst hierfür geworben.

- Die Inhalte des Gesetzentwurfes decken sich mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz.
- Die Vorwürfe der SPD sind verlogen und sollen von ihrem eigenen Versagen in der Regierung ablenken. Dietmar Woidke fordert “echte Korrekturen in der Migrationspolitik”, der Bundeskanzler fand noch vor kurzem, dass niemand sich davon abhängig machen solle, wie die AfD abstimmt.
- Damit Deutschland wieder sicher wird, muss die illegale Migration gestoppt werden. Straftäter, die nicht mehr hier sein dürfen, müssen konsequent und schnell abgeschoben werden. Die Bundespolizei muss hierbei endlich besser befähigt werden und braucht dazu die nötigen Rechte.

- Wir helfen, aber unser Land hat seine Belastungsgrenze längst überschritten. Es sind keine einfachen Zeiten für unser Land. Das wissen wir. Wir können dieses Thema nicht den Extremisten überlassen. Wir müssen aus der Mitte unserer Gesellschaft handeln. Genau das haben wir heute getan. Und wir hoffen, dass wir in Zukunft wieder gemeinsam in der Mitte handeln. Für mehr Sicherheit in Deutschland.